

Rüti präsentiert kleines Minus

RÜTI Für Rüti steigen die Kosten in verschiedenen Bereichen, darunter auch in altbekanntem wie der Pflegefinanzierung. Der Steuerfuss soll trotzdem unangetastet bleiben.

Der Rütner Gemeinderat rechnet nächstes Jahr mit einem kleinen Defizit. Er beantragt der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember darum ein Budget für die Politische Gemeinde mit einem Aufwandüberschuss von 0,3 Millionen Franken bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 55 Prozent. Das schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung von Anfang Oktober.

Demnach wachse der Aufwand – wie im Jahr zuvor – vor allem wegen höherer Beiträge für die Pflegefinanzierung (+0,2 Millionen Franken), die Ergänzungsleistungen AHV/IV (+0,1 Millionen Franken) und den Personalaufwand (+1,1 Millionen Franken), wovon fast ein Drittel auf das Alterszentrum Breitenhof entfällt.

Finanzielle Situation ist besser

In der Finanzplanung 2018–2021 wurde für nächstes Jahr noch mit einem Minus von 2 Mil-

lionen Franken gerechnet. «Nach dem sehr guten Rechnungsabschluss 2017 zeigt sich das Bild heute allerdings einiges entspannter als im Vorjahr», schreibt Martin Hess, der Leiter Finanzen, auf Anfrage. Damals wurde ein Plus von 3 Millionen Franken erzielt, budgetiert wurden im Vorfeld aber nur 0,2 Millionen.

Grund für solche Abweichungen ist, dass für jeden potenziellen Budgetposten ein Betrag veranschlagt werden muss. «Unter dem Jahr gibt es aber immer wieder Verschiebungen, reduzierte Kosten oder gänzliche Verzichte, sodass Ende Jahr der Aufwand geringer ausfällt», sagt Gemeindeschreiber Thomas Ziltener. «Gleichzeitig werden die Einnahmen in der Regel eher konservativ veranschlagt.» Daher sei auch für das laufende Jahr mit einem besseren Ergebnis als dem prognostizierten Minus von 0,2 Millionen Franken zu rechnen, pflichtet ihm der Leiter Finanzen Martin Hess bei.

Diese Erwartungshaltung hegt der Gemeinderat auch fürs nächste Jahr. So rechnet er etwa mit einer Ertragssteigerung bei den Grundstücksteuern (+0,7 Millionen

«Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung wird jeweils von Erwartungen ausgegangen.»

Martin Hess, Leiter Finanzen

Franken) und den übrigen Gemeindesteuern (+0,6 Millionen Franken). Die Grundstücksteuern schwankten zwar sehr stark und liessen sich nicht budgetieren. «Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung wird jeweils von Erwartungen ausgegangen», so Hess. «Die Politische Gemeinde durfte in den letzten

Jahren aber sehr hohe Einnahmen an Grundstücksteuern erzielen. Für das Budget 2019 wurde deshalb entschieden, die Grundsteuern auf das heutige Niveau von 3 Millionen Franken zu veranschlagen.»

Keine Aufwertung des Verwaltungsvermögens

Trotz der Erfahrung, dass Budgets besser abschneiden als prognostiziert, hat der Gemeinderat bereits in der letztjährigen Budgetdebatte einen «erhöhten Handlungsbedarf» ausgemacht (wir berichteten). Ohne am Steuerfuss zu schrauben, hat eine Gemeinde aber nur begrenzte Optionen, um Mehreinnahmen zu generieren.

«Bei gleichbleibendem Steuerfuss kann die Gemeinde keine Massnahmen für Mehreinnahmen von Steuern ergreifen, da dies vom Kanton reglementiert ist», sagt Hess. Sie musste deshalb anderweitig tätig werden: «Neben der Zurückhaltung beim Budgetieren von Ausgaben entschied die Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderats, auf die Aufwertung des Verwaltungsvermögens zu verzichten», so Hess. So sei der Haushalt der Politischen Gemeinde nicht zusätzlich belastet worden.

Die Parteien zeigen sich ob der Beurteilung des Budgets meist noch zurückhaltend. SP, SVP und CVP möchten zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts dazu sagen. Die Anfrage an die FDP und die EVP blieb bisher unbeantwortet. Auch die EDU habe noch keine Parole gefasst, schreibt deren Präsident Fabian Winiger. «Was uns jedoch befremdet, ist, dass man zwei Wochen nach der Abstimmung über den Masterplan Energie mit jährlich gebundenen Ausgaben von 0,2 Millionen Franken ein Budget mit einem Defizit von 0,3 Millionen Franken präsentiert.»

Mehr Personal wegen Wachstum

Die GLP schliesslich begrüsst das veranschlagte Budget. «Das budgetierte Defizit von 0,3 Millionen Franken erscheint mir vertretbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dieses in Übereinstimmung ist mit dem Finanzplan», schreibt GLP-Präsident Bruno Rüegg. Die geplante Personalaufstockung sei zudem überfällig: «Eine Gemeinde, die wächst und immer wieder neue Aufgaben zu erfüllen hat, kann irgendwann nicht mehr mit den bestehenden personellen Ressourcen arbeiten.» *Fabio Lüdi*